

## **Resolution der Delegiertenversammlung des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebunds SIG vom 19. Mai 2019**

Die Delegiertenversammlung des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes SIG bringt ihre Besorgnis angesichts des zunehmenden Antisemitismus und der Tatsache zum Ausdruck, dass immer mehr Sicherheitsmassnahmen notwendig sind, damit die freie Religionsausübung für die jüdische Gemeinschaft gewahrt bleibt.

Die SIG-Delegierten rufen die Behörden auf, alles in ihrer Macht Stehende zu unternehmen, um das Übel des Antisemitismus zu bekämpfen, welches gegen die Juden gerichtet ist und letztlich die Gesellschaft als Ganzes trifft. Sie fordern die Behörden auf, die freie Religionsausübung in der Schweiz im Allgemeinen und insbesondere für die jüdische Gemeinschaft zu gewährleisten.

Die Delegierten rufen die zuständigen Behörden auch dazu auf, die Antisemitismusdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance IHRA offiziell anzuerkennen.

Ausserdem werden die eidgenössischen Räte dazu aufgerufen, dem deutschen Bundestag zu folgen und zu erklären, dass die Argumente, die Handlungsmuster und Methoden der BDS-Bewegung (Boykott, Desinvestitionen and Sanktionen) antisemitisch sind und nicht unterstützt oder finanziert werden sollten.

Die Delegierten bekräftigen ferner ihre Forderung nach Frieden und religiöser Eintracht in der Schweiz.

*Diese Resolution wurde von der Delegiertenversammlung des SIG vom 19. Mai 2019 beschlossen.*